



Energiewende - Diskussion um Braunkohleausstieg

Brühl, 29. Oktober 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2007 engagieren sich die Mitglieder der Initiative 50TausendBäume aus Brühl für den Wald-, Natur- und Klimaschutz, und seit März 2018 gehören wir zu den in Nordrhein-Westfalen anerkannten Umweltvereinigungen. Diesen Status sehen wir als Aufgabe und als Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft.

Die Diskussion um den Braunkohleausstieg, die ihren Höhepunkt in der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald fand, hat uns bewogen, sich mit diesem Schreiben an die Politik zu wenden. Denn die Zuspitzung der vielen gegensätzlichen Interessen vergrößert die Gefahr, unsere Gesellschaft zu spalten. Der politische Diskurs gehört selbstverständlich zu einer Demokratie, allerdings sollte er immer mit Anstand, Respekt und Stil geführt werden. Andernfalls werden Populisten unter dem Deckmantel von demokratisch legitimierten Parteien weiter Zulauf finden. Das bereitet uns große Sorge.

Uns ist bewusst, dass vor dem Hintergrund der Globalisierung die Politik vor einer Vielzahl von Aufgaben steht. Doch die Energiewende und der Klimaschutz sind aus unserer Sicht vorrangige Themen. Wir sehen die Auseinandersetzung um Hambach als Sinnbild für eine Energiewende ohne Gesamtkonzept. Die zunehmende Erderwärmung gibt ein nur noch

Initiative 50TausendBäume

Sprecherin
Dr. Doris M. Linzmeier
Buchenweg 16
50321 Brühl

Telefon: + 49 22 32 / 56 75 90
E-Mail: info@bi-50tausendbaeume.de
www.bi-50tausendbaeume.de

Förderverein für die Initiative 50TausendBäume e.V.

Vorsitzender
Peter-Josef Müller • Liblarer Straße 79 • 50321 Brühl
Mitglied in der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt

Spendenkonto:

Förderverein für die Initiative 50TausendBäume e.V.
Vereinsregister Amtsgericht Köln 701544 / Steuer-Nr. 224/5790/6113
IBAN: DE38 3806 0186 0616 7000 14 / BIC: GENODED1BRS
Bankinstitut: Volksbank Bonn Rhein-Sieg



enges Zeitfenster vor. Deshalb erscheint es uns wichtig, dass die Politik eine Strategie für langfristigen Klimaschutz entwickelt, dass sie Ziele formuliert und Instrumente benennt. Der Kohleausstieg wäre nur ein Teil einer solchen Gesamtstrategie.

Wenn das Ergebnispapier der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung nicht Makulatur sein soll, dann müssen dem Gremium Richtlinien vorgegeben werden, wie zum Beispiel ein CO₂-Emissionsbudget, wie es bereits der Sachverständigenrat für Umweltfragen vorgeschlagen hat. Denn nur solche Vorgaben können allen beteiligten Akteuren Planungssicherheit bieten.

Es ist Sache der Politik, für die Energiewende ein Gesamtkonzept und einen Zeitplan zu entwickeln. Es muss deutlich werden, wo welche Energieformen gefördert werden können. Jede Art der Energieerzeugung birgt Konfliktpotenzial; auch die erneuerbaren Energien bedingen Flächenverbrauch, Waldrodungen und Minderung der Artenvielfalt. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht Gefahr laufen, von einer Doppelmoral gelehrt zu werden. Sie müssen von der Politik erwarten können, über die Folgen der Energiewende aufgeklärt zu werden.

Wenn die Energiewende gelingen soll, dann muss die Politik Verantwortung übernehmen. Sie darf es nicht Kommissionen überlassen, über Ausstiegsszenarien zu streiten. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger, auch als Wählerinnen und Wähler.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Doris M. Linzmeier